

eingeführte System der Barfußärzte im Zuge der Reformen abgeschafft wurde. Durch dieses System war eine minimale Versorgung der ländlichen Bevölkerung sichergestellt, allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau. Aufgrund der in der Reformära verfolgten Professionalisierung, die auch im Gesundheitswesen gefordert wird, sind in vielen ländlichen Gegenden akademisch ausgebildete, d.h. in westlicher Medizin ausgebildete Ärzte rar, weil diese in der Regel in den Städten bleiben wollen. Ein weiterer Grund für die mangelhafte medizinische Versorgung in ländlichen Regionen ist die Tatsache, daß ein Großteil der Landbevölkerung keine oder nur eine unzureichende Krankenversicherung hat. Ein genossenschaftliches Krankenversicherungssystem ist erst im Aufbau begriffen und steht zumeist nur in den wohlhabenderen Gebieten zur Verfügung. In dieser Situation ist es verständlich, daß die chinesische Regierung eine Politik verfolgt, nach der die ländliche Bevölkerung hauptsächlich durch die Anwendung der traditionellen chinesischen Medizin versorgt werden soll. Diese hat den Vorteil, daß sie weitaus weniger kostenintensiv ist und zudem Ärzte für traditionelle Medizin, die ihre Heilkunst durchweg von älteren erfahrenen Ärzten, meist vom Vater, lernen, auf dem Lande ausreichend vorhanden sind. Die Regierung fordert deshalb den verstärkten Bau von Krankenhäusern für chinesische Medizin in den Kreisstädten. Diese sollten dann als lokale Gesundheitszentren für die örtliche Bevölkerung und zugleich als Ausbildungsstätte für Dorfärzte dienen. (Vgl. RMRB, 3.2.99, S.5)

Angesichts der Unmöglichkeit, zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein effizientes Gesundheitssystem einheitlich für Stadt und Land aufzubauen, werden die starken Unterschiede im städtischen und ländlichen Gesundheitswesen noch für lange Zeit bestehen bleiben. Das wichtigste Ziel muß die flächendeckende Einführung einer Krankenversicherung sein. -st-

Außenwirtschaft

22 „Chinas Währung wird stabil bleiben“

Mitte Februar erklärte Präsident Jiang Zemin in einem Interview für die Zeitschrift *Time*, daß die chinesische Währung trotz eines enormen Abwertungsdrucks stabil bleiben wird. Eine Abwertung, so Jiang, würde sicherlich eine Exportbelebung erleichtern. Ob und wann für China in diesem Jahr eine Devaluierung in Frage kommen könnte, darüber machte Jiang Zemin keine Ausführungen. (SCMP, 15.2.99)

Anfang Februar hatte der stellvertretende Präsident Hu Jintao bereits in einem Interview während seines Aufenthaltes in Südafrika angekündigt, daß die chinesische Regierung die Währung nicht abwerten wird. China könne eine Abwertung vermeiden, da frühzeitig genug Gegenmaßnahmen eingeleitet worden seien, um sich gegen die Auswirkungen der Asienkrise zu wappnen. Dazu zählte Hu eine Steigerung der Investitionen in die Infrastruktur sowie eine Ausweitung der Inlandsnachfrage, die das Wachstum gestützt hätte. Hu betonte außerdem, daß eine Devaluierung der chinesischen Währung nur kurzfristig die Auswirkungen der Asienkrise auffangen, die übrigen asiatischen Länder jedoch dazu zwingen würde, eine neue Runde der Abwertung zu beginnen. China als ein verantwortungsvolles Land sei bereit, die eigenen Interessen hinten anzustellen und würde den Nachbarländern niemals Probleme machen. (XNA, 5.2.99)

Im Januar hatte der Zentralbankpräsident Dai Xianglong ebenfalls erklärt, daß eine Veränderung der Währungspolitik für China nicht in Frage kommen würde. Nur wenn ein extremes Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz auftrete, dann müsse an eine Abwertung gedacht werden. Analysten rechnen damit, daß so eine Situation, ausgelöst durch weiterhin sinkende Exporte, durchaus Anfang nächsten Jahres auftreten könnte. Zu einem Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz könnte es jedoch auch jederzeit

dann kommen, wenn Auslandskapital der Banken in großem Umfang abgezogen werde. (SCMP, 12.2.99)

Ob eine Abwertung jedoch für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Chinas unbedingte Voraussetzung ist, darüber gibt es unterschiedliche Sichtweisen. So kommt ein Ökonom der Bank of China International, die Investmentbank der Bank of China, mit Blick auf die asiatischen Nachbarn eher zu einer gegenteiligen Einschätzung.

Wie die Tabelle „Abwertung und Wettbewerbsfähigkeit in den asiatischen Ländern“ zeigt, haben sich die Währungen der asiatischen Nachbarländer 18 Monate nach Ausbruch der Asienkrise wieder erholt. Allerdings mußten die Länder eine teilweise enorme Erhöhung der Inflation hinnehmen, die durch steigende Importpreise angeheizt wurde. Während die Länder dadurch an Wettbewerbsfähigkeit verloren, hat China ohne Abwertung aufgrund der sinkenden Preise an Konkurrenzfähigkeit gewonnen. Ohne die Extremfälle Malaysia und Indonesien belief sich der durchschnittliche Gewinn aus der Abwertung für die Länder auf rd. 8%. Wird ein gewogener Außenwert für den Wechselkurs des Yuan gegenüber den anderen Währungen der betrachteten Länder zugrunde gelegt, dann hat China lediglich um 3% zwischen Juli 1997 und Januar 1999 abgewertet.

Trotz der Abwertung, haben die meisten asiatischen Länder inzwischen negative Exportzuwächse, allerdings mit Ausnahme der Philippinen. Da viele südostasiatische Länder von dem Import von Rohmaterialien abhängen, hat die Abwertung ihre Einfuhren verteuert. Außerdem müssen die Länder für die Rückzahlung ihrer Schulden mehr zahlen als vor der Abwertung. China dagegen hat zwar auch Exporteinbrüche erlebt, aber gegenüber den USA, Europa und Lateinamerika die Ausfuhren beträchtlich erhöhen können. Dies bedeutet, daß die Wettbewerbsfähigkeit Chinas nicht zurückgegangen ist, obwohl keine Abwertung durchgeführt wurde. (ASWJ, 24.2.9) -schü-

Abwertung und Wettbewerbsfähigkeit in den asiatischen Ländern

Land	Abwertung (%)	Währungsgewinn (%)	Inflation 7/97-12/98 (%)	Wettbewerbsfähigkeit Gewinn(+)/Verlust (-)
China	0	0	-3,6	3
Indonesien	84	42	63,4	-21
Japan	22	21	-1	2
Korea	51	35	8,4	7
Malaysia	46	19	4,4	23
Philippinen	40	13	11,9	16
Thailand	54	32	11,5	11

Quelle: Bloomberg, in: "Devaluation won't help China compete", *Asian Wall Street Journal*, 24.2.99.

23 China will mehr multinationale Unternehmen ansiedeln

Um den Zufluß von Auslandskapital in Form von Direktinvestitionen zu fördern, will die chinesische Regierung in diesem Jahr neue Anreize für Auslandsunternehmen schaffen. Ziel dabei ist es, die durch die Asienkrise abflachenden Kapitalzuflüsse aus der asiatischen Region durch zusätzliche Auslandsinvestitionen zu kompensieren.

Um die Attraktivität Chinas für Auslandsinvestoren zu erhöhen, wird der Zugang zu einigen Wirtschaftsbereichen verbessert. So sollen zusätzlich zu den bestehenden sino-ausländischen Joint Venture-Unternehmen in Shanghai und Shenzhen eine Reihe von Pilot-Joint-Ventures im Einzelhandelssektor in einigen Städten Zentral- und Westchinas genehmigt werden.

Weiterhin ist vorgesehen, die Kapitalanteile von ausländischen Unternehmen zu erhöhen, die sich an Fluggesellschaften beteiligen wollen. Darüber hinaus will die Regierung mehr Pilotprojekte in den Bereichen Rechnungswesen und Wirtschaftsprüfung sowie Produkt- und Qualitätskontrolle zulassen.

Nach den Vorstellungen der Regierung sollen vor allem multinationale Unternehmen als Investoren geworben werden. Das Außenwirtschaftsministerium (MOFTEC) soll die Lokalregierungen angewiesen haben, spezielle Präferenzbedingungen für die Ansiedlung solcher Unternehmen in verschiedenen Sektoren, einschließlich der High-Tech-Industrie, zu erarbeiten. Die multinationalen Unternehmen sollen auch dabei unterstützt werden, regionale Forschungs- und Entwicklungszentren in China aufzubauen. Multinationale Unternehmen,

die bereits in China aktiv sind, sollen zur Ausweitung ihrer Produktlinien und Erhöhung ihres Technologie-niveaus ermutigt werden.

Vorstellungen des MOFTEC zufolge soll außerdem die Kooperation zwischen kleinen und mittelgroßen inländischen Unternehmen und ausländischen Unternehmen gefördert werden. Dabei sollen inländische Unternehmen verstärkt als Zulieferer für auslandsfinanzierte Unternehmen aktiv werden. Weiterhin will MOFTEC mit der Einrichtung von Pilotentwicklungszonen in Zentral- und Westchina als Modellzonen mehr Auslandsinvestoren in die Inlandsregion bringen. (XNA, 1.3.99)

Ob multinationale Unternehmen tatsächlich in verstärktem Umfang den Weg nach China finden bzw. ihr vorhandenes Engagement ausbauen, erscheint vor dem Hintergrund der vielfältigen Probleme in China eher ungewiß. In einer gerade erschienenen Studie der Düsseldorfer Unternehmensberatung A.T. Kearney wird auf die schwierige Lage vieler multinationaler Unternehmen in China hingewiesen. Während die Konzernzentralen von ihren Töchtern in China nun endlich schwarze Zahlen verlangten, seien diese durch das Abflachen des Wirtschaftswachstums und die zunehmende Konkurrenz chinesischer Unternehmen unter starken Druck geraten. Die Situation für die Unternehmen würde auch dadurch erschwert, daß die bekannten Probleme wie Engpässe bei qualifiziertem Personal und im Vertrieb weiter fortbeständen.

Von den 70 multinationalen Unternehmen, die im Rahmen der obigen Studie befragt wurden, konnten bisher nur zwei von fünf Unternehmen Gewinne machen. Die Rentabilität der Unter-

nehmen war stark branchenabhängig; in Branchen mit hohem Wettbewerbsdruck waren die Gewinnmargen der ausländischen Unternehmen relativ niedrig. Ausschlaggebend für die Rentabilität war u.a. auch, ob die Kosten durch den Ersatz von ausländischem Leitungspersonal durch einheimisches Management gesenkt worden waren. (NfA, 1.2.99) -schü-

24 Neues bilaterales Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und China in Vorbereitung

In einem in Planung befindlichen neuen Rahmenabkommen zwischen Deutschland und China soll die größere Komplexität der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen stärker berücksichtigt werden. Das erste Abkommen war im Jahre 1979 geschlossen worden und hatte zum damaligen Zeitpunkt noch keine Fragen zum Schutz des geistigen Eigentums sowie zu den gewerblichen Schutzrechten angesprochen. Auch Fragen zur Projektfinanzierung für Infrastrukturprojekte waren im ersten Abkommen noch nicht behandelt worden.

Eine Unterzeichnung des Abkommens soll während der 10. Tagung des Gemischten Ausschusses beider Länder, der fast zwei Jahre nicht zusammengetreten ist, Mitte Juli d.J. erfolgen. Bei dem geplanten Besuch von Bundeskanzler Gerhard Schröder vom Mitte Mai d.J. in China wird das Abkommen sicherlich auch auf der Tagesordnung stehen. Eine Intensivierung des bilateralen Austausches auf Regierungsebene wird Ende März mit dem anstehenden Besuch des chinesischen Außenministers Tang Jiaxun wieder aufgenommen. (HN, 15.2.99)

Die wirtschaftliche Kooperation zwischen Deutschland und China wird sicherlich auch durch das im Februar eröffnete Deutsche Haus erleichtert werden. Das „German Centre for Industry and Trade“ ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Landesbank Baden-Württemberg und verfolgt das Ziel, mittelständische Unternehmen bei ihrer Markterschließung in China zu unterstützen. Die rd. 5.000 angemieteten Büroflächen sollen diesen Unternehmen zu günstigen Mieten zur Verfügung gestellt und ihnen gleichzeitig die Dienstleistungen des Delegiertenbüros der Deutschen Wirtschaft und der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen angeboten werden, die ebenfalls im Landmark Tower II im Nordosten Beijings untergebracht sind. (HB, 21.1.99; NFA, 2.2.99) -schü-

Binnenwirtschaft

25 Einkommen der ländlichen Bevölkerung sollen steigen

Der geringe Anstieg der ländlichen Einkommen wird als einer der Gründe für die insgesamt sehr schwache Nachfrage auf dem Inlandsmarkt angesehen. So fiel die Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens der Bauern im letzten Jahr mit 3,3% wesentlich niedriger aus als im Jahr zuvor; das Einkommen war 1997 um 4,6% gestiegen. Aufgrund dieser Entwicklung hatte der Landwirtschaftsminister Chen Yaobang auf der Nationalen Arbeitskonferenz zur landwirtschaftlichen Entwicklung Ende Dezember 1998 angekündigt, die Erhöhung der ländlichen Einkommen zu einem Schwerpunkt der Politik der Regierung zu machen.

Als Ursachen für den geringen Einkommensanstieg gelten Probleme der Bauern beim Verkauf landwirtschaftlicher Produkte, fallende Preise für Agrarprodukte sowie Strukturprobleme der nichtlandwirtschaftlichen Betriebe in den ländlichen Gebieten. So hat die Asienkrise und damit verbundene Exporteinbrüche diese Betriebe, die für die Absorbierung der überschüssigen Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten eine zentrale Rolle spielen, stark betroffen. Zu dem lan-

desweit nur geringen Einkommenszuwachs hatten auch die Überschwemmungen am Yangzi und in Nordchina beigetragen.

Nach Einschätzung des stellvertretenden Landwirtschaftsministers Lu Ming steht die niedrige Wachstumsrate der Einkommen in den ländlichen Gebieten jedoch nicht im Zusammenhang mit Naturkatastrophen oder mit der Regierungspolitik. Vielmehr sei diese Entwicklung das Resultat der Transformation der Wirtschaft. Für den Agrarsektor sei die Entwicklung neuer Produkte und Technologien, die Verbesserung der Produktqualität und die Entwicklung neuer Produkte mit hoher Wertschöpfung erforderlich, um sich dem Wandel der Wirtschaft anzupassen.

Daß die Förderung des Agrarsektors und damit der ländlichen Einkommen enorme Wirkungen auf die Binnenmarktnachfrage hat, darauf weisen auch ausländische Analysten hin. So ist das Einkommen der Bauern um 60% niedriger als das der Städte, und es leben rd. zwei Drittel der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten. Seit Mitte der 90er Jahre seien die Einkommen der Bauern (ohne Einkommen aus den nichtlandwirtschaftlichen Betrieben) real zurückgegangen, da im Zusammenhang mit der Inflationsbekämpfung auch die Agrarpreise beschnitten wurden. Andererseits seien die Preise für landwirtschaftliche Produktionsmittel wie Kunstdünger und Maschinen enorm gestiegen, so daß die Einkommen eines großen Teils der ländlichen Bevölkerung in den letzten Jahren sehr niedrig ausfielen.

Dem von der Regierung 1998 eingeleiteten Programm zur Konjunkturbelebung wird für die Entwicklung der ländlichen Einkommen eine große Bedeutung beigemessen. Durch den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der Energieversorgung würden die Voraussetzungen geschaffen, um bestehende monopolistische Strukturen im Distributionsnetz aufzubrechen. Ohne neue Straßen mit besserem Zugang zu den ländlichen Gebieten bzw. für den Transport von landwirtschaftlichen Produkten in die Städte könne sich der Wettbewerb nicht entfalten und es würden keine neuen Einkommensmöglichkeiten für die Bauern entstehen.

Während der Agrarminister für 1998 eine Steigerung der ländlichen Pro-Kopf-Einkommen um 3,3% angibt, kann unter Berücksichtigung der Inflationsentwicklung von einem Anstieg um 4% ausgegangen werden. Das Durchschnittseinkommen belief sich auf 2.150 Yuan (rd. 260 US\$). Zwischen einzelnen ländlichen Regionen bestehen große Unterschiede. So betrug beispielsweise das Pro-Kopf-Einkommen der Bauern in der Provinz Zhejiang 3.800 Yuan. Die städtischen Pro-Kopf-Einkommen stiegen inflationsbereinigt um 6,6% auf durchschnittlich 6.454 Yuan. In Shenzhen verdienen die Städter mit einem Pro-Kopf-Einkommen von monatlich 1.578,6 Yuan am meisten. (XNA, 21.1. und 2.1.99; AWSJ, 7.1. und 18.1.99; SCMP, 31.12.98) -schü-

26 Überkapazitäten sollen beschränkt werden

Nach Einschätzung von Guo Shouzhong, Generaldirektor der Abteilung für Marktprognosen beim Business Information Centre der Staatlichen Verwaltung für den Binnenhandel (State Administration of Internal Trade = SAIT), wird im 1.Halbjahr dieses Jahres weiterhin mit hohen Überkapazitäten und einem Überschufangebot zu rechnen sein. Für mehr als zwei Drittel der 605 wichtigsten Produkte besteht Guo Shouzhong zufolge ein Überangebot am Markt.

Guo basiert seine Einschätzung auf einer kürzlich durchgeführten landesweiten Untersuchung durch SAIT über das Angebot von industriellen und landwirtschaftlichen Produkten, landwirtschaftlichen Produktionsmitteln sowie erneuerbaren Ressourcen auf den Großhandelsmärkten und in den Schlüsselunternehmen. (XNA, 30.1.99; SCMP, 23.2.99)

Um das Überangebot und die hohen Lagerbestände in den Unternehmen abzubauen, die die Preise und Unternehmensgewinne sinken ließen, hat die Regierung als Gegenmaßnahmen den Kampf gegen Schmuggel verstärkt und die Unternehmen angewiesen, ihre Produktion einzuschränken. (FT, 5.2.99)

Ende Januar legte die Staatliche Wirtschafts- und Handelskommission (State Economic and Trade Commis-